Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

25.8.1931 (No. 196)

Visual Library

Nr. 196 Dienstag, den 25. August 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Entscheidende Maßnahmen

Daß man schwierige Probleme nur mit Hilfe tiefeinschneidender Maßnahmen meistern kann, beweist uns die deutsche Politik der letzten anderthalb Jahre und neuerdings auch die englische Politik. Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß beinahe an dem gleichen Tage in Berlin und London jene Mitteilungen veröffentlicht wurden, die beide von einem **außerordentlich bedeutsamen Schritt der Regierung** zu berichten wußten: in Deutschland von dem Entschluß, **jetzt schon eine Notverordnung „zur Sicherung der Haushalte"** zu erlassen, in London von dem Entschluß **Macdonalds, mit seinem Kabinett zurückzutreten** und die Bildung eines **neuen „Kabinetts der nationalen Konzentration"** zu beantragen.

Die Maßnahme der deutschen Reichsregierung soll die Länder und Gemeinden instand setzen, ohne Rücksicht auf landesgesetzliche Bestimmungen und ohne Rücksicht auf bestehende Verträge personeller Natur die dringend notwendig gewordenen **Ersparnisse** zu bewirken. Das Reich macht sich, wie in einzelnen Zeitungsartikeln zu lesen ist, die Sache gewiß insofern leicht, als es die **Verantwortung von sich auf die Länder und Gemeinden abwälzt.** Aber wir glauben, daß zum mindesten **die Länder darüber nicht böse sein** werden. Denn das ist ja gerade eines der obersten Ziele der Politik der Länder, eines der obersten Ziele eines vernünftigen und maßvollen Föderalismus, daß man entgegen den Zentralisierungsbestrebungen der letzten 12 Jahre **das Schwergewicht der Verantwortung und der verantwortlichen Entscheidungen auf den dafür zugänglichen Gebieten der Staatsverwaltung wieder mehr auf die Länder überträgt.**

So gesehen, ist die zu erwartende Notverordnung des Reichskabinetts nur **mit Genugtuung zu begrüßen,** mag sie auch an die Länder und Gemeinden sehr große Anforderungen stellen. Wir in **Baden** können die neue Notverordnung deshalb mit **besonderer** Genugtuung entgegennehmen, weil unsere Regierung ja ohnehin schon **von sich aus den Weg der Landesnotgesetze beschritten hat,** um die badischen Finanzen in Ordnung zu halten. Das badische Beispiel wird jetzt ohne Bedenken staats- und verfassungsrechtlicher Natur von den anderen Ländern **nachgeahmt** werden können. Man darf es ruhig aussprechen, daß Baden sich, getreu seinem alten Ruf, hier wieder einmal als das „Musterländle" bewährt hat.

Allerdings werden auch die größten Ersparnisse, wird auch die rücksichtsloseste Ausnutzung der zu erwartenden Notverordnung zur Sicherung der Haushalte **keineswegs das Reich von der Verpflichtung entbinden können, auch seinerseits noch helfend beizuspringen.** Denn dazu sind die Lasten auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zu groß. Man muß sich bei aller Freude über die Überkragung der Verantwortung auf die Länder und die Gemeinden stets darüber klar sein, daß **in rein finanzieller Hinsicht ja noch nichts geschehen ist, was die alte finanzielle Selbständigkeit der Länder wiederherstellen könnte.** Aber die Hoffnung ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen, daß, nachdem nun einmal der Bann gebrochen ist, auch hier eine Entwicklung einsetzen wird, welche die Forderungen der Länder bis zu einem gewissen Grade erfüllt. — In **England** ist die entscheidende Maßnahme des Kabinetts noch um einiges bedeutsamer. **Macdonald** und der für die Sanierung der Finanzen zuständige Minister, Herr **Snowden,** sind in ihren Verhandlungen mit den Gewerkschaften und der Labour-Party festgeblieben. Sie haben die Idee eines 10prozentigen Zollzuschlags auf alle in England einzuführenden Waren abgelehnt, da diese Idee das gesamte handels- und wirtschaftspolitische System Englands über den Haufen geworfen hätte, und sie haben daran festgehalten, daß **nur eine Politik tiefeinschneidender Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Gehälter und Löhne England vor der Finanzkrisis retten kann.**

Das **Gros ihrer Ministerkollegen,** das in engstem Zusammenhang mit den Gewerkschaften und der Labour-Party vorging, hat sich daraufhin **von ihnen losgesagt.** Macdonald und Snowden stehen heute schon außerhalb ihrer Partei, und nur eine kleine Minderheit dürfte zu ihnen halten. Die Situation ist sogar so ernst geworden, daß schon von der Möglichkeit gesprochen wird, die Labour-Party könne Macdonald und Snowden aus der Partei **ausschließen.**

Der **König** war, als sich die Situation dermaßen zuspitzte, sofort nach London zurückgekehrt und hatte sogleich die Fühlung mit den Führern der beiden bisherigen Oppositionsparteien, der **Konservativen** und der **Liberalen,** aufgenommen. Die Lage wurde verhältnismäßig rasch dahin geklärt, daß sich die **beiden Oppositionsparteien bereit erklärten, an der Bildung eines nationalen Konzentrationskabinetts teilzunehmen.** Und der König hat dann in richtiger Einschätzung der staatsmännischen Fähigkeiten Macdonalds **diesen mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.** Macdonald hat den Auftrag angenommen, und das Kabinett wird raschestens gebildet werden. Der Gedanke an Neuwahlen gilt damit als verabschiedet. Da die Probleme aufs äußerste drängen, wird dieses „nationale Konzentrationskabinett" sofort an ihre Lösung herangehen.

Macdonald erlebt den größten, aber auch tragischsten Moment seines Lebens: er wird Ministerpräsident eines alle Parteien umfassenden Kabinetts, aber er sieht das Gros seiner eigenen Partei in offenkundiger Opposition gegen sich und seine Politik. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß dieses tragische Beispiel schon in kurzer Zeit auch in anderen Staaten Nachahmung finden wird.

Letzte Nachrichten

Neue Bestimmungen über die Devisenbeschaffung

WTB. **Berlin,** 25. Aug. (Tel.) **Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 20. August 1931.**

Auf Grund der §§ 17, Abs. I Satz 3, 22 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August 1931 (Reichsgesetzblatt I, S. 421) wird verordnet:

§ 1. In Abweichung von § 5 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung sind bis auf weiteres solche Termingeschäfte über ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel zulässig, die mit schriftlicher Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung entweder mit der Reichsbank oder mit einem der in § 2, Abs. 3 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung bezeichneten Kreditinstitute im Rahmen der von ihm und der Reichsbank erteilten Ermächtigung abgeschlossen werden.

§ 2. Geschäfte, die gegen die Vorschriften des § 1 dieser Verordnung oder des § 2 der ersten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 12. August 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 437) verstoßen, sind nicht zu genehmigen. § 4 der ersten Durchführungsverordnung gilt entsprechend.

§ 3. Die in § 18 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung angedrohten Strafen und sonstigen Maßnahmen finden auch Anwendung auf Zuwiderhandlung gegen § 1 dieser Verordnung und des § 2 der ersten Durchführungsverordnung.

*

WTB. **Berlin,** 25. Aug. (Tel.) Der Reichswirtschaftsminister hat neue Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung erlassen, die den Landesfinanzämtern zugegangen sind und im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht werden. Die Richtlinien treten am 26. August 1931 in Kraft. Sie stellen eine Zusammenfassung der bisherigen vorläufigen Richtlinien und ihrer Ergänzungen dar, die durch die neuen Bestimmungen ersetzt werden.

Auch Kommunisten verlangen Landtagseinberufung

CNB. **Berlin,** 25. Aug. (Tel.) Auch die kommunistische Fraktion hat jetzt die sofortige **Einberufung des Preußischen Landtags** beantragt. Sie hat sich allerdings nicht der Begründung der **Deutschnationalen** und der **Nationalsozialisten,** die die Einberufung wegen der Reichsreformpläne verlangen, angeschlossen. In dem Schreiben der kommunistischen Fraktion an den Präsidenten Barthels heißt es, die Einberufung des Landtags werde beantragt, um dem Parlament Gelegenheit zur Abrechnung mit allen Feinden des werktätigen Volkes in Stadt und Land zu geben. Die nunmehr entstehende **Mehrheit** würde genügen, um den **Landtag einzuberufen.** Es ist anzunehmen, daß nunmehr der Ältestenrat des Landtags einberufen wird.

Boykott gegen deutsche Waren in Kanton

WTB. **London,** 25. Aug. (Tel.) Reuter meldet aus Kanton: Auf einer Massenversammlung, die hier von der Kuomintang abgehalten wurde, wurde die Entschließung gefaßt, **deutsche Waren zu boykottieren.** Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. Als unmittelbare Ursache dieser unfreundlichen Haltung Kantons gegen Deutschland wird die angebliche **Lieferung von Waffen und Munition** an Tschiangkaischeck angegeben, die kürzlich mit einem nach Schanghai bestimmten Dampfer erfolgt sein soll. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Nanking durch Entsendung von über 100 militärischen Ratgebern zu unterstützen, die, wie in der Versammlung erklärt wurde, beauftragt seien, die Armee der Nanking-Regierung im Gebrauch von Giftgas im Kampfe gegen die Regierung von Kanton zu unterweisen.

*Das Bad. Landestheater und sein Defizit

II. (Schluß)

Aber es gibt noch **andere** Gründe, die die Not der Theater erklären. Da ist als ein sehr gewichtiger Faktor die **Wirtschaftskrisis** zu erwähnen. Durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten zwölf Jahre sind auch die Theater schwer geschädigt worden, weil diese Politik in erster Linie auf Kosten des **Mittelstandes** ging, jenes Mittelstandes, der noch immer das treueste und zuverlässigste Kontingent der Theaterbesucher gestellt hat. Heute ist es so, daß sich schließlich **jeder** genau überlegt, ob er den Betrag für einen Theaterplatz opfern soll oder ihn nicht lieber für Dinge des täglichen **Bedarfs** ausgibt. Und, wenn es überhaupt noch ein tröstliches Moment bei der ganzen Geschichte gibt, dann ist es die erfreuliche Beobachtung, daß trotz der Konkurrenz von Kino und Film, trotz der vielfachen Unzulänglichkeiten im Theaterbetrieb und trotz der Wirtschaftskrisis und der Geldnot **noch soviele Menschen den Weg ins Theater finden.**

Damit wären wir bei dem **letzten** Grund angelangt, der die Theatermisere erklärt. Und er ist ein Grund ganz besonderer Art. Während sich die bisher genannten Hauptursachen, Konkurrenz von Film und Radio und Verarmung der Mittelschichten, einer Einflußnahme durch das Theater selbst entziehen, haben wir nunmehr das ureigenste **Gebiet der Theaterverwaltung selbst** vor uns. Und hier kann natürlich **beim rechten Willen durch eigenen Entschluß sehr vieles geändert und gebessert werden.** Es ist also das **Thema der Finanzpolitik der Theater,** das wir hiermit berühren.

Dieses Thema **muß** angeschnitten werden. Denn es ist ganz **ausgeschlossen, daß Staat und Stadt noch weiterhin für das Karlsruher Landestheater ein Defizit von rund 1,2 Millionen übernehmen werden.** Daß das ganz ausgeschlossen ist, ist kürzlich in einem sehr eingehenden Feuilleton des „Badischen Beobachters" (Nr. 191 vom 14. Juli 1931) und in einem Leitartikel des „Führers" (Nr. 165 vom 16. August) mit aller nur wünschenswerten Entschiedenheit betont worden.

Diese beiden Artikel sind jeder in seiner Art ganz ausgezeichnet. Sie bringen eine Fülle von Material, das absolut hieb- und stichfest ist, und beurteilen die Situation mit einer großen Sachlichkeit und Treffsicherheit. Aber man macht **einen Fehler: man fordert zu wenig und geht auf den Kern des ganzen Problems zu wenig ein.**

Es ist der Beweis einer falschverstandenen Gutmütigkeit, wenn man meint, das Landestheater müsse etwa 3—400 000 RM. einsparen. Dieser Standpunkt ist ganz und gar falsch. **Die Forderung,** die mit allem Ernst und allem Nachdruck zu erheben ist, kann nur die sein, **daß das Landestheater sich aus eigenen Einkünften erhält und im Notfalle allerhöchstens mit einem Zuschuß** von 3—400 000 RM. rechnen darf. Das heißt zunächst, daß das Badische Landestheater **nach kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet werden müßte.** Dazu müßte es im wesentlichen **unabhängig** sein, d. h. von einem Pächter geleitet werden, der dann seinerseits die Verantwortung für das Ganze in finanzieller und künstlerischer Beziehung trägt.

Nun ist es selbstverständlich, daß kein Pächter und kein Direktor des Landestheaters den von ihm übernommenen Betrieb nach verständigen, wirtschaftlichen Grundsätzen verwalten kann, wenn er mit seinem Amt **eine Fülle von Verträgen und Tarifabmachungen übermittelt erhält, die ihm vollkommen die Hände binden und geradezu zwingen, ein Millionen-Defizit zu machen.**

Dreierlei würde also ein Direktor des Badischen Landestheaters zu tun haben: erstens das **Repertoire völlig umgestalten,** damit es wirklich zugkräftig wird, zweitens durch eine ganz **neue Organisation des inneren Dienstes** aus allen Kräften das Letzte herauszuholen, und drittens **mit sämtlichen Angestellten neue Verträge abzuschließen.** Durch die am Samstag angekündigte **neue Notverordnung „Zur Sicherung der Haushalte",** deren Wortlaut allerdings noch abzuwarten ist, würden wahrscheinlich die Landesregierungen in die Lage versetzt, die bestehenden Verträge an den staatlichen und städtischen Theatern in ihrer Gültigkeit **aufzuheben.** Denn in dem offiziösen Kommentar vom Samstag heißt es: „Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und anderen Ausgaben der Länder und Gemeinden **herabgesetzt** werden, wobei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Verpflichtungen aus Verträgen unberührt bleiben, **soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.** Verträge, die solche Personalausgaben bedingen, fallen also **unter diese neue Ermächtigung.**

Kommen muß eine derartige Ermächtigung ja auf der ganzen Linie, da es sonst **unmöglich** ist, wertvolle Betriebe weiterhin aufrecht zu erhalten. Das gilt auch für das **Landestheater Karlsruhe.** Es geht um die Existenz dieser alten, ruhmvollen Bühne. Niemand kann die Sicherstellung dieser Existenz inniger wünschen als wir. Aber ohne tatkräftiges Zugreifen wird dieses Ziel wohl nicht erreicht werden können.

Was schließlich die Frage der **Leistungshöhe** des Theaters anlangt, so ist von vornherein mit aller Bestimmtheit jener Auffassung entgegenzutreten, nach welcher sich das künstlerische Niveau einer Bühne nur mit riesigen Mitteln halten läßt. Man sollte sich stets vor Augen halten, daß die größten und bedeutendsten Schöpfungen der Kunst zu lächerlich niedrigen Honorarbedingungen vollbracht worden sind, und daß man früher weder das Starsystem noch die Meinung kannte, daß jemand, der künstlerisch Gutes leistet, nun auch glänzend **bezahlt** werden muß. Jedenfalls werden sich die Gagen und Löhne am Theater **der allgemeinen Situation anpassen** müssen, ferner aber auch der Tatsache, daß die Theater keine rentierende Betriebe sind und sich nur durch die opfermutige Hingabefreudigkeit aller Angestellten erhalten lassen. Sollte aber wirklich das künstlerische Niveau nach der Reorganisation des Ganzen um einige, winzige Striche sinken, so müßte das eben in Kauf genommen werden, **im Hinblick auf die entscheidende Tatsache, daß die Existenz des Theaters gerettet wird.** Denn sicherlich ist es noch immer besser, ein Theater guter, mittlerer Qualität zu haben als gar keines!

C. Amend.

Amerikanische Blätter und Englands Kreditmöglichkeiten

WTB. **New York,** 25. Aug. (Tel.) „New-York Times" gibt der Meinung Ausdruck, daß die neue britische Regierung binnen 24 Stunden einen bedeutenden privaten Kredit in den Vereinigten Staaten erhalten könne. Das in London verbreitete Gerücht, die **Federal-Reserve-Bank** würde der Bank von England nur dann weitere **große Kredite** gewähren, wenn Abstriche in der Arbeitslosenversicherung gemacht würden, könne hier **nicht bestätigt** werden. Man gibt hier offen zu, sagt das Blatt weiter, daß die Labour-Regierung vor ihrem Rücktritt bei einem Versuch, einen privaten Bankkredit zu bekommen, auf Schwierigkeiten, wenn nicht gar auf eine Ablehnung gestoßen wäre. Bisher ist hier kein Ersuchen um einen Kredit eingegangen; aber es liegt auf der Hand, daß die neue britische Regierung um einen solchen nachsuchen wird, sobald sie sich über ihr Programm geeinigt haben wird. In der Wallstreet herrscht die Meinung vor, daß Privatbanken, aber nicht die Federal-Reserve-Bank, zusätzliche Kredite geben sollten. — „Herald Tribune" sagt, ein Kredit bis zu 400 Mill. Doll. oder mehr könne unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitz in der Abrüstungskommission

Im Zusammenhang mit dem **Austritt Hendersons** aus dem **englischen Kabinett** und seinem Übergang zur Opposition wurde die Befürchtung laut, daß er sein Amt als **Vorsitzender** der kommenden **Weltabrüstungskonferenz** automatisch **verlieren** und dadurch das Zustandekommen der Konferenz gefährden würde. Demgegenüber wird daran erinnert, daß er nicht in seiner Eigenschaft als Außenminister oder als Mitglied der Arbeiterpartei zum Vorsitzenden gewählt wurde, sondern die Wahl ad personam erfolgte. Andererseits wird aber zugegeben, daß sein Austritt aus der Regierung ohne Zweifel die sich in verschiedenen Ländern geltend machenden Bewegungen zugunsten einer **Verschiebung des Termins** für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz stärken dürften.

Wünsche und Pläne der Hybridenbauern

Die Pfälzische Bauernvereinigung und der Verband pfälzischer Amerikanerrebenpflanzer hielten am Sonntag in **Landau** eine **Vertretertagung** ab. Es wurde mitgeteilt, daß im Laufe der kommenden Woche im Landauer Haus der Landwirte eine Art Landesprodukten- und Weinbörse eingerichtet werden soll, die man wöchentlich abhalten will. Es sollen darin nicht nur Hybriden-, sondern auch andere Weine und sämtliche sonstigen Landwirtschaftsprodukte gehandelt werden. Diese Börse ist als eine Art Handelsnachweis gedacht. In den Geschäftsstellen der Verbände, die im gleichen Hause ihren Sitz haben, sollen Listen über Kaufmöglichkeiten und Kaufgesuche, die die Landwirtschaft interessieren könnten, geführt werden. Hinsichtlich der Hybridenfrage wurde der bekannte frühere Standpunkt vertreten und der freie, zahlenmäßig im Einvernehmen mit dem Verband zu beschränkende Anbau der Amerikanerrebe gefordert, ferner die Abänderung des bestehenden Weingesetzes hinsichtlich des Inverkehrbringens von Hybridenweinen.

Der Ausschuß der zehn europäischen Wirtschaftssachverständigen, der der in der nächsten Woche zusammentretenden 4. Europa-Konferenz Vorschläge über eine bessere Organisation der Produktion und des Warenaustausches in Europa machen soll, hat seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Polnischer Entwurf eines Nichtangriffspaktes. Die Poln. Telegr.-Agentur meldet: In Verfolg des seit dem Jahre 1926 zwischen der **polnischen Regierung** und der Regierung der **Sowjetunion** über den Nichtangriffspakt gepflogenen **Meinungsaustausch** hat am 23. August der polnische Gesandte in Moskau, Patek, im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten den Entwurf der polnischen Regierung über den Nichtangriffspakt überreicht. Dieser Entwurf ist den durch das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes im Jahre 1929 geschaffenen Bedingungen angepaßt.

Das Kirchengut in Spanien. Der spanische Justizminister hat eine Verordnung erlassen, durch die der Verkauf und jede hypothekarische Belastung der im Besitze der Kirchen und der Orden befindlichen Grundstücke und Gebäude untersagt wird.

Die Schwierigkeiten der englischen Kabinettsbildung

Spaltung der Arbeiterpartei

Macdonalds schwere Aufgabe ist, aus den drei Parteien die fähigsten und geeignetsten Köpfe auszuwählen. Man hält es nicht für unmöglich, daß das neue Kabinett nur noch aus 14 bis 15 Mitgliedern bestehen dürfte, während das Arbeiterkabinett 20 Mitglieder umfaßte. Aus der Bereitwilligkeit der **Liberalen,** an den Regierungsgeschäften teilzunehmen, kann man schließen, daß ein zehnprozentiger Finanzzoll nicht zum Programm des neu zu bildenden Kabinetts gehören dürfte. Eine nationale Regierung zur Durchführung der Sparpläne würde mit der heftigsten **Opposition** eines großen Teiles der **Arbeiterpartei** zu rechnen haben. Eine Politik weitumfassender Ersparnisse in den sozialen Leistungen und Herabsetzung der Arbeitslosenbezüge läuft der Politik der Arbeiterbewegung zuwider. Besonders der linke Flügel, aber auch andere Mitglieder der Arbeiterpartei sind der Überzeugung, daß England immer noch reich genug ist, die Bürde der Arbeitslosigkeit zu tragen, und daß die gegenwärtigen Bezüge nur die notwendigsten Existenzmittel darstellen.

Als ein Anzeichen für die überaus **großen Schwierigkeiten,** mit denen die nationale Regierung Macdonalds zu kämpfen haben würde, betrachtet man eine aus wohlinformierten Kreisen stammende Schätzung, nach der die Arbeiteropposition, die von Henderson und Clynes geführt wird, in einem **Unterhaus,** das aus insgesamt 615 Mitgliedern besteht, etwa 200 Vertreter stark sein würde. Macdonald dürfte Schwierigkeiten haben, auch nur 40 Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei dazu zu bewegen, ihn im neuen Kabinett zu unterstützen. Nach den letzten vorliegenden Schätzungen dürfte die neue Regierung im Unterhaus eine **Majorität** von nur 50 bis 60 Stimmen haben.

Wie Reuter feststellt, ist man in politischen Kreisen der Ansicht, daß mit den Ereignissen der letzten 24 Stunden eine **endgültige Spaltung der Arbeiterpartei** bereits eingetreten ist. Macdonalds Gegner in der Partei hoffen darauf, daß die Mehrzahl der Abgeordneten der Partei ihren Fahnen folgen wird, wenn dem Unterhaus das Programm der neuen Regierung der nationalen Einigung vorgelegt werden wird. Es ist möglich, daß die Arbeiterparteiler jene, die die neue Regierung unterstützen, **aus der Partei ausschließen** und daß **Henderson** der **neue Führer** der Partei wird. Die Führer der Parteien sind sich klar über die Schwierigkeiten einer Regierung, wie die jetzt geplante, sich längere Zeit gegen eine starke Opposition aufrechtzuerhalten, und werden sich darauf beschränken, die wesentlichen Maßnahmen im Parlament durchzusetzen, um die Staatsfinanzen auf gesunde Basis zurückzuführen. Neuwahlen dürften unmittelbar hierauf, das heißt also voraussichtlich im Oktober, folgen.

Der **Ernst der Spaltung** der Arbeiterpartei läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß sich das neue nationale Kabinett wahrscheinlich einer Opposition gegenübersehen wird, die nicht von unverantwortlichen und mehr oder minder unbedeutenden Mitgliedern der Partei geleitet werden wird, sondern von Männern wie Henderson, Graham, Clyne, Alexander und Lansbury. Die zurücktretenden Mitglieder der Regierung werden einen sehr ernsten Oppositionsblock bilden und von einem großen Teil der Arbeiterpartei in dem Unterhaus unterstützt werden. Man glaubt, daß das Parlament wahrscheinlich früher zusammentreten wird, als ursprünglich erwartet wurde.

Zweieinhalb Jahre Kabinett Macdonald

Das Bestehen des Kabinetts Macdonalds hat zwei Jahre und zweieinhalb Monate gedauert. Nach den damaligen Wahlen, wo die Konservativen ihre 400-Mehrheit verloren und sich mit 260 Sitzen im neuen Unterhaus begnügen mußten, trat die Regierung Baldwin zurück und Macdonald bildete als Führer der nunmehr stärksten Partei das neue Ministerium, dessen Ernennung durch den König am 8. Juni 1929 erfolgte. Der Umstand, daß die Arbeiterregierung gegenüber der geschlossenen Opposition in der Minderheit war, zwang sie zu dauernden Kompromissen mit der liberalen Partei und führte wiederholt dazu, daß sie bei wichtigen Abstimmungen nur mit einer knappen Mehrheit Sieger blieb.

Lediglich auf dem Gebiete der **Außenpolitik** zeigten sich die Liberalen in der Regel restlos einverstanden mit der Regierung, so bei den Verhandlungen über Reparationen und Rheinlandräumung, bei der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland und anläßlich der Londoner Flottenverhandlungen. Ebenso billigten sie die in Ägypten und Indien verfolgte Politik der Mäßigung. Seit dem vorigen Herbst hatten sich die Beziehungen zwischen beiden Parteien, wohl auch im Hinblick auf die versprochene Wahlreform, die den Liberalen bei Neuwahlen bessere Aussichten geboten hätte, ganz leidlich gestaltet.

In der Frage der **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** hatte die Arbeiterpartei einen ernsten Mißerfolg zu verzeichnen, der um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Partei während des Wahlkampfes gerade auf diesem Gebiete dem Volke weitgehende Zusagen gemacht hatte. Während das Heer der Arbeitslosen vor dem Kabinett Macdonalds nur etwa über eine Million betrug, ist es jetzt auf 2 700 000 gestiegen. Diese Tatsache bildet wohl ebenso wie die zunehmende wirtschaftliche Not den Grund für das Anschwellen der Konservativen Stimmen und des Zusammenschrumpfens der Arbeiterstimmen.

Burgfrieden zwischen den englischen Konservativen und Liberalen

WTB. **London,** 25. Aug. (Tel.) Das erste Zeichen für die zwischen Konservativen und Liberalen abgeschlossene Waffenruhe ist die Nachricht, daß der für die **Ersatzwahl** in Guildford aufgestellte liberale Kandidat seine **Kandidatur zurückgezogen** hat, womit die Wahl des Konservativen gesichert ist.

Die New Yorker Beratungen über die Stillhaltung

Die an der Stillhaltung interessierten Bankiers hielten in dem Gebäude der Bundesreservebank eine Konferenz ab. Auf dieser kamen in erster Linie einige Punkte des **Layton-Berichtes** zur Besprechung, die bisher noch nicht ganz geklärt waren und über die inzwischen weitere Aufklärung auf dem Kabelwege von Basel eingetroffen war. Obwohl noch keine offizielle Äußerung darüber vorlag, wurde in maßgebenden Kreisen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der New-Yorker Bankierausschuß von den übrigen beteiligten amerikanischen Banken zur **Annahme** des Layton-Berichtes ermächtigt werden würde.

Kapitalflucht und Steueramnestie

Der Inhalt der neuen Verordnung

Durch die Verordnung über steuerliche Erfassung bisher nicht versteuerter Werte und über Steueramnestie (Steueramnestieverordnung) vom 23. August 1931, die in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes veröffentlicht wird, ist die frühere Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931 in mehrfacher Hinsicht abgeändert worden.

1. Die Frist für die **Abgabe der Vermögenserklärung 1931** sowie die Frist für die **Steueramnestie** ist bis zum 16. Sept. 1931 verlängert worden.

2. Die Steueramnestie ist in der neuen Verordnung auf die **Umsatzsteuer** und **Erbschaftssteuer** ausgedehnt worden.

Nach der neuen Verordnung erlangt Steueramnestie, wer sein Vermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 sowie sein Einkommen 1930 richtig angegeben hat, oder in einer Nachtragserklärung aus früheren Angaben berichtigt. War die Vermögenserklärung 1931 schon abgegeben, so kann sie nachträglich ergänzt werden. Auch kann die **Vermögenserklärung** 1931, sofern sie bereits abgegeben ist, wieder zurückgefordert und innerhalb der Amnestiefrist **neu eingereicht** werden. Wer das Einkommen, den Umsatz und den Gewerbeertrag von 1930 zu niedrig angegeben hat und diese Erklärung berichtigt, muß hierfür Nachzahlungen leisten. Im übrigen braucht er Nachzahlungen für frühere Jahre nicht zu leisten, wenn er die für 1928 und 1929 verschwiegenen steuerpflichtigen Werte (Einkommen, Umsatz, Gewerbeertrag usw.) der Steuerbehörde nachträglich anzeigt. Wenn der Steuerzahler hierüber nicht mehr genaue Angaben machen kann, so genügt eine schätzungsweise Angabe. Die Anzeige über die bisher verschwiegenen Werte braucht nicht beim zuständigen Finanzamt gemacht zu werden, sondern kann auch bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung (z. B. Landesfinanzamt) eingereicht werden.

3. Bei der schon bisher vorgeschriebenen Anzeige von ausländischen Beteiligungen (sog. Fünfmanngesellschaften) ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, die Zahl höher festzusetzen.

4. Neu ist die Regelung für die **ausländischen Familienstiftungen.** Diese können bis zum 31. Dezember 1931 aufgelöst werden, ohne daß die an sich bei der Auflösung erwachsende **Schenkungssteuer** erhoben wird. Außerdem tritt Steueramnestie ein für die an der Errichtung der Familienstiftung erwachsene Schenkungssteuer. Werden solche ausländischen Familienstiftungen nicht aufgelöst, so soll das Einkommen vom Vermögen der Stiftung als Einkommen und Vermögen des Errichters bzw. des Bezugsberechtigten angesehen werden. Diese Regelung ist notwendig geworden, weil ein volkswirtschaftliches Interesse daran besteht, das Vermögen der ausländischen Familienstiftungen der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen.

Eine nationalsozialistische Unterkunft ausgehoben

WTB. **Wuppertal,** 25. Aug. (Tel.) Die Wuppertaler Polizei hat gestern abend in der Fabrik Scheuben in Unter-Barmen eine nationalsozialistische Unterkunft ausgehoben. Die Räume waren **kasernenmäßig eingerichtet.** Eine Gruppe versah Nachtdienst in militärischer Art und nannte sich Staatswache. Es wurden drei geladene Schußwaffen und eine Menge Hieb- und Stichwaffen beschlagnahmt. 27 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Von politischen Gegnern niedergeschossen

CNB. **Berlin,** 25. Aug. (Priv.-Tel.) Auf der Landsberger Chaussee in Berlin-Hohenschönhausen wurde in der vergangenen Nacht gegen zwei Uhr ein schwerer politischer Überfall verübt. Der 31 Jahre alte Elektrotechniker Pf., der sich auf dem Heimwege befand, wurde von zwei Radfahrern als **Nationalsozialist** erkannt und angegriffen. Mit den Worten: **„Tod den Faschisten!",** gaben sie **mehrere Schüsse** auf den Nationalsozialisten ab. Mit einer schweren Schußverletzung am rechten Oberarm wurde der Überfallene ins Krankenhaus Weißensee eingeliefert. Die beiden Täter sind auf ihren Fahrrädern entkommen.

Kurze Nachrichten

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Maßnahmen, die die belgische Kohlenindustrie im Hinblick auf die schwere weltwirtschaftliche Lage zur ihrer Erleichterung verlangt hatte, wurden in Brüssel **zu Ende geführt,** das Abkommen muß jedoch noch von den beteiligten Regierungen ratifiziert werden. Das Abkommen zielt darauf hin, durch eine gleichzeitige Herabsetzung der Produktion und der Einfuhr diese beiden dem gegenwärtigen eingeschränkten Verbrauch anzupassen. Es soll ein Bewilligungssystem eingeführt werden, das den Bestimmungen, die schon von Frankreich angewandt werden, entspricht. Das Abkommen läuft bis Ende 1931.

Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung. Der Reichsverband der **Deutschen Industrie** und die Vereinigung der **Deutschen Arbeitgeberverbände** haben angesichts der für den kommenden Winter zweifellos in weiten Volkskreisen zu erwartenden Not, alle Mitglieder dringend aufgefordert, mit möglichster Beschleunigung dafür zu sorgen, daß überall da, wo die Möglichkeit vorliegt, **Volksküchen** zur Abgabe von billigem Essen an die erwerbslose und hilfsbedürftige Bevölkerung eingerichtet werden. Nach dem Vorbild, das in verschiedenen Orten des Reiches bereits besteht, ist es zweckmäßig, daß diese Volksküchen von privater Seite gegründet werden. Wie im einzelnen vorzugehen ist, muß natürlich nach den lokalen Bedürfnissen entschieden werden. Die Verbände sollen sich dafür einsetzen, daß neben der Sammlung von Geldmitteln sich besonders geeignete Persönlichkeiten zur ehrenamtlichen Betätigung bei solchen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Brot in Berlin um 1 Rpf. teurer. Der Brotpreis, der am 10. August von 50 auf 47 Rpf. gesenkt worden war, ist auf 48 Rpf. festgesetzt worden. Zu dieser Erhöhung sieht sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins wegen des Anziehens der Mehlpreise gezwungen. Dabei wird darauf verwiesen, daß der der Preiskalkulation zugrunde gelegte Mehlpreis noch um 2 RM. unter dem tatsächlichen Mehlpreis liege. Wie die „Nachtausgabe" aus Kreisen des Zweckverbandes hört, ist man der Ansicht, daß es sich nicht wird umgehen lassen, den Brotpreis den Schwankungen der Mehlpreise anzupassen, das heißt, den Brotpreis öfter zu ändern.

Chikago ohne Geldmittel? Der Bürgermeister von Chikago, **Cermak,** erklärte, falls der Stadt keine Hilfe gewährt würde, müßten die Büros der City Hall geschlossen werden. Ungefähr 200 000 Angestellte der Stadt laufen Gefahr, am 1. September ihre Gehälter nicht ausbezahlt zu erhalten.

Das bayerische Uniformverbot rechtsgültig. Das vom bayerischen Staatsministerium des Innern mit Zustimmung des Gesamtministeriums am 10. Juli 1931 erlassene Uniformverbot ist durch Beschluß des 4. Strafsenats des **Reichsgerichts** vom 12. August 1931 **als rechtsgültig anerkannt** worden. Die gegen diesen Erlaß von der Nationalsozialistischen Partei eingelegte **Beschwerde** ist durch den bezeichneten Beschluß kostenpflichtig **abgelehnt** worden.

Kleine Chronik

Von der **Reichsbahndirektion Regensburg** wird von einem neuerlichen **Eisenbahnanschlag** berichtet, der in der Nacht zum 24. August auf der Hauptbahnstrecke Regensburg—Hof zwischen den Bahnhöfen Rothenstein und Weiden verübt wurde. Unbekannte Täter hatten auf diesem Teil der Strecke eine Schwelle quer übers Gleis gelegt, die jedoch von einem Zuge erfaßt und etwa 2 Kilometer weit mitgeschleppt wurde. Dann wurde sie weggeschleudert, ohne daß irgendein Schaden angerichtet worden wäre. Das Attentat ähnelt dem am 14. August begangenen, das gleichfalls ohne Schaden abging. Es wurde eine Belohnung von 1000 *RM* für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

In seinem Jagdhaus in Streetz bei Roßlau (Anhalt) **erschoß** der Kaufmann Klaus Meißner aus Magdeburg seine **Mutter** mit einem Jagdgewehr, vermutlich mit ihrem Einverständnis. Darauf brachte er sich einen Schuß in den Kopf bei, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Badischer Teil

Die Kreis-Pflegeanstalt Hub

Besichtigung durch die Presse

Unter Führung des Kreisratsvorsitzenden, Oberlandesgerichtsrat i. R. **Stritt**, fand am vergangenen Samstag eine Besichtigung der Hub durch Vertreter Karlsruher Zeitungen statt. Man war überrascht, daß sie zur Zeit volle 800 Insassen männlichen und weiblichen Geschlechts beherbergt. Darunter befindet sich natürlich mannigfaltiges Menschenmaterial, das die Folge des Alters, der Idiotie, der Krüppelhaftigkeit usw. ist. Es gibt unter ihnen Menschen, die einzelner Sinne beraubt, taub, blind, oder beides zugleich, jahrelang ans Bett gefesselt sind, kurz, mit allen Begleiterscheinungen menschlichen Elends zu rechnen haben.

Die Anstalt selbst macht einen sauberen Eindruck; die weißgestrichenen Zimmer, die überaus reinlich gehaltenen Betten, die Schwemmkanalisation mit mechanischer Klärung, die Zentralheizung, die Wascheinrichtung mit fließendem heißen und kalten Wasser, die modern eingerichtete große Küche, der rationell forcierte landwirtschaftliche Betrieb mit 100 Schweinen, 47 Stück Rindvieh, 400 Hühnern und anderen Notwendigkeiten schaffen die Voraussetzung, daß diese 800 Menschen richtig behandelt und verpflegt werden können.

Leitender Arzt und Direktor ist **Dr. Gehrke**, dem Verwalter **Kopp**, sowie ein Kassierer, ein Kanzleigehilfe, ein Heizer und 44 männliches und weibliches Wärterpersonal beigegeben ist. Daß viel Geduld, Aufopferung und jederzeitige Arbeitsbereitschaft in einer solchen Anstalt erforderlich ist, braucht nicht weiter betont zu werden. — Die Anstalt ist, obwohl die Beköstigung gut und reichlich genannt werden kann, in der Lage, mit dem Verpflegungssatz von täglich 1,80 RM. für Ortsarme und 2,20 RM. für Rentenempfänger und Selbstzahler auszukommen. — Man erreicht die Anstalt von Ottersweier aus in wenigen Minuten, von Bühl aus in einer halben Stunde.

Solche Einrichtungen sind immer eine Welt für sich, und deshalb war es von der Leitung verdienstvoll, daß sie der Presse die Möglichkeit der Besichtigung gab, weil erst durch die Zeitungen der breiten Öffentlichkeit Kenntnis von dem Vorhandensein und von ihrem gemeinnützigen Wirken gegeben werden kann.

Berufsberatung badischer Schüler

Zur Verwertung bei der Berufsberatung hat das badische **Unterrichtsministerium** auf Wunsch des Verbandes Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere in Hamburg an die Direktionen der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend, der Gewerbe- und Handelsschulen sowie an die Kreis- und Stadtschulämter und die Schulinspektionen in Mannheim eine Entschließung dieses Verbandes über die **Aussichten bei der Handelsmarine** übermittelt. Es heißt darin, daß die Stellungslosigkeit in dem vom Verband vertretenen seemännischen Berufe bereits katastrophale Formen angenommen hat und auch noch weiter erheblich zunehmen wird. Hiermit ist um so mehr zu rechnen, als der Ausbau der deutschen Handelsflotte abgeschlossen ist, so daß auch die Schaffung von neuen Schiffsoffizierstellen auf neugebauten Schiffen nicht mehr in Aussicht steht. Der Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere **warnt** deshalb alle Eltern und ihre etwa seelustigen Söhne vor der Ergreifung der höheren seemännischen Laufbahn in der Handelsmarine, weil für die nächsten Jahre der Bedarf an Nachwuchs gedeckt ist und auf die Unterbringung weiterer Anwärter nicht gerechnet werden kann.

Aus der Landeshauptstadt

Ausländische Studienreisende in Karlsruhe. Mehrfach wurde Karlsruhe in letzter Zeit von ausländischen Studienreisen berührt, wobei die Einrichtungen, Bauten und Sehenswürdigkeiten der badischen Landeshauptstadt zum Gegenstand eingehender Besichtigungen ausersehen waren. Vor allem sind es häufig Studierende der Universitäten und Hochschulen des Auslandes, die zum Besuch nach Karlsruhe kommen, um namentlich die Institute der Karlsruher „Fridericiana", der ältesten deutschen Technischen Hochschule, mit allen neuzeitlichen Laboratorien und Einrichtungen, wie u. a. auch Studentenhaus und Hochschulstadion, kennenzulernen. Erst kürzlich weilten zu diesem Zweck Professoren und Studenten der Technischen Hochschule Neapel in Karlsruhe. Am letzten Sonntag traf wiederum eine Reisegesellschaft von Studierenden französischer und belgischer Universitäten (Paris, St. Quentin, Lille usw.) in Karlsruhe ein, die daneben auch dem Stadtgarten und dem Rheinstrandbad einen Besuch abstatteten. Außer Stadtverwaltung und Verkehrsverein war auch die Akademische Auslandsstelle der hiesigen Hochschule bemüht, die Gäste während ihres Aufenthalts durch geeignete Führung, Verteilung von Orientierungs- und Werbeschriften usw. zu unterstützen.

Kurzschriftprüfung. Das Prüfungsamt für Kurzschrift bei der Handelskammer Karlsruhe hält seine nächste Kurzschriftprüfung am **Sonntag, den 18. Oktober 1931**, vormittags, ab. Es wird geprüft in den Gruppen 120, 150, 180, 200, 220 und 240 Silben Geschwindigkeit in der Minute.

Öffentliche Fernsprechstelle im städt. Konzerthaus. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat auf Ansuchen der Stadt im westlichen Teil der Vorhalle des städtischen Konzerthauses eine öffentliche Fernsprechzelle aufstellen lassen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Franz Lehárs „Die lustige Witwe" zählt zu den beliebtesten Operetten der diesjährigen Spielzeit. Die Aufführungen sind auch erstklassig zu nennen. Dazu kommt noch die leicht beschwingte Musik. Es ist daher zu verstehen, daß diese Operette sich ganz besonders der Gunst des Publikums erfreut und die Vorstellungen immer stark besucht sind. Heute abend 20 Uhr findet eine Wiederholung statt.

Vorläufiger Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Subtropische Warmluft ist an der Vorderseite einer über Frankreich liegenden Zyklone nach Westdeutschland gelangt und hat hier — eingeleitet durch den gestern gefallenen verbreiteten Regen — leichte Erwärmung gebracht. In unserem Gebiet herrschte heute früh zum Teil föhnigheiteres Wetter, das jedoch nicht von Dauer sein wird. Wir werden nun vorläufig im Bereiche der milden Südwestströmung verbleiben. — **Voraussage:** Weiterhin veränderlich mit gelegentlichen Aufheiterungen, aber noch einzelne Regenfälle. Lebhafte Südwestwinde und mäßig warm.

Wasserstände: Waldshut 404 minus 32, Basel 235 minus 8, Schusterinsel 300 minus 20, Kehl 436 plus 31, Maxau 615 plus 13, Mannheim 534 minus 3, Caub über 200 Ztm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Neue Verwicklungen im Falle von Lacum

bld. Aus **Bingen** wird gemeldet: Nunmehr hat die hiesige **Polizeiverwaltung** eine **Erklärung** zu dem Fall Lacum abgegeben, worin nach Schilderung der bekannten Vorgänge in der Nähe des württembergischen Kurortes **Dobel** heißt: Sofort nach Auffindung des verbrannten Autos und der in diesem verbliebenen Leichenreste wurde durch die Polizei die Frage geprüft, ob mit Rücksicht auf den finanziellen Zusammenbruch der von dem Fabrikanten von Lacum geführten Unternehmungen, die im Auto am Dobel gefundenen Leichenteile die des Fabrikanten von Lacum sein. Die in dieser Richtung geführten **Ermittelungen** sind **noch nicht abgeschlossen**; es steht insbesondere noch das begründende Gutachten von Dr. Popp (Frankfurt) aus, wie auch noch andere Indizien zu klären bleiben. Zweifelsfrei steht fest, daß der seit 1909 in Bingen ansässig gewesene Georg Heinz von Lacum der Inhaber einer Eisfabrik, einer Maschinenfabrik und Geschäftsführer und Hauptgesellschafter der Mercedes-Benz-Automobil-Vertrieb G. m. b. H. war, der am 15. März 1886 in Duisburg als Sohn des Schlossers Georg Heinz von Lacum geboren wurde. Nach mehrjähriger Trennung hat der Vater den Sohn vor einiger Zeit in Bingen und Düsseldof getroffen und ihn als seinen Sohn bestimmt erkannt. Über alle weiteren Geschehnisse um und am 10. August wird amtlich berichtet, wenn alle Feststellungen endgültig getroffen sind.

Auch dieser amtliche Bericht läßt die Frage offen, ob der im Auto bei Dobel Verbrannte wirklich von Lacum war. Die Gerüchte, daß es sich bei dem im Auto verbrannten Mann gar nicht um Heinz von Lacum handelt, erhalten neue Nahrung durch folgende Meldung: Seit dem 10. August wird der 26 Jahre alte Essighändler Michael **Metzenroth** aus Hackenheim (Kreis Alzey) **vermißt**. Er hatte die Kirchweihe in Wallhausen bei Kreuznach besucht. Am 10. August vormittags wurde er zum letzten Male in einer Kreuznacher Wirtschaft gesehen und am Nachmittag fand man sein Auto herrenlos in Bad Münster a. St. Hier erhält sich hartnäckig das Gerücht, Metzenroth wäre mit Georg Heinz von Lacum gefahren und er sei der **Tote**, der im verunglückten Auto bei Dobel-Herrenalb **verbrannt aufgefunden** worden ist. Da von Lacum zu seiner Sekretärin geäußert hatte, er würde nicht allein fahren, erhielt dieses Gerücht neue Nahrung.

Von anderer Seite dagegen wird mitgeteilt, daß sich Metzenroth bei einem bei der Bürgermeisterei Hackenheim eingegangenen Schreiben in der **Fremdenlegion** befindet. Die ganze Angelegenheit Lacum wird immer mysteriöser.

bld. **Mannheim**, 25. Aug. Am Sonntag früh unternahm der Student **Heddaus** aus Mannheim mit einem Referendar aus München trotz des schlechten Wetters eine Partie auf die „Fleischbank" im **„Wilden Kaiser"**. Nachmittags gegen 4 Uhr stürzte Heddaus beim Abseilen in der Nähe des Duelfer-Kamins etwa 50 Meter tief ab und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen.

DZ. **Mannheim**, 25. Aug. Einer der großen **Führer** der **chemischen Industrie**, die diesem Zweig deutschen Schaffens die erste Stellung in der Weltwirtschaft erringen halfen, Professor Dr. Dr. techn. e. h. Carl **Müller**, ist am Sonntag kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahres in München gestorben. Im Sommer nächsten Jahres hätte Carl Müller das Jubiläum seiner 50jährigen Tätigkeit bei der J. G. Farbenindustrie und ihrer Vorgängerin, der Badischen Anilin- und Sodafabrik, feiern können. Prof. Müller lebte in den letzten Jahren in München und in **Karlsruhe**. Er blieb bis zuletzt eng seinem Unternehmen und der chemischen Industrie verbunden.

DZ. **Großrinderfeld** (Bezirk Tauberbischofsheim), 25. Aug. Die Ernte 1931 zählt zu den schlechtesten seit einem Jahrhundert. Der Stand der Feldfrüchte war im allgemeinen vor der Ernte gut, mit Ausnahme von Wintergetreide, das infolge von Mäusefraß und Auswinterung bis zu 90 Proz. umgeackert werden mußte. Auch das Erntewetter war im Anfang sehr schön. Inzwischen ist die **Hälfte des Getreides** noch auf dem Felde **verfault**. Wir hatten in den letzten 14 Tagen mehr Niederschläge als in normalen Jahren in den Monaten Juli, August und September. Auch bei den **Frühkartoffeln** sind schon erhebliche Schäden festzustellen.

bld. **Wiesenbach** (bei Heidelberg), 25. Aug. **Prinz Udo zu Löwenstein**, der im Frühjahr dieses Jahres durch den Tod seines Onkels, Fürst zu Löwenstein wurde, **verläßt Schloß Langenzell** bei Wiesenbach, um nach dem Fürstensitz Triefenstein bei Trennfeld (Ufr.) überzusiedeln. Das Inventar des Schlosses Langenzell ist zum größten Teil nach Schloß Triefenstein überführt worden. Fürst Udo zu Löwenstein war Mitglied des Gemeinderates, dem er eine Abschiedssitzung gab. Die Gemeinde Wiesenbach erleidet durch den Weggang des Fürsten einen großen Verlust. Vor allen Dingen wird der Gemeindesäckel sehr in Mitleidenschaft gezogen, da jährlich mehrere tausend Reichsmark an Umlage verloren gehen.

DZ. **Bruchsal**, 24. Aug. Der Mechanikermeister **Schmidt**, der seine Werkstätte in Bruchsal hat, aber in Gondelsheim wohnt, wollte gestern nachmittag auf der Heimfahrt einigen auf der Landstraße gehenden Bekannten zuwinken und streckte zu diesem Zwecke den Arm aus dem fahrenden Zuge hinaus. Im gleichen Augenblick passierte der Stuttgarter Schnellzug die Strecke und **riß** dem Schmidt die **rechte Hand ab**. Schmidt wurde sofort ins hiesige Spital verbracht, wo ihm der Arm abgenommen werden mußte.

DZ. **Kehl**, 24. Aug. Duch ein soeben veröffentlichtes **Dekret** hat die **französische Regierung** endlich den bedauerlichen Fall des deutschen Staatsangehörigen **Schwartz** aus der Welt geschafft. Schwartz war im Jahre 1919 von den Franzosen in Kehl in Baden, wo er seine kranke Mutter besucht hatte, **verhaftet** und nachher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe, d. h. zur **Deportation nach Cayenne**, verurteilt worden mit der Begründung, daß er Franzose sei und im Kriege gegen Frankreich gefochten habe. In Wirklichkeit war Schwartz der Sohn elsässischer Eltern, die noch zur französischen Zeit vor 1870 nach Korsika verzogen waren, also als Franzose geboren. Da aber die Familie später nach dem inzwischen deutsch gewordenen Elsaß zurückgekehrt war und der Vater durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte, betrachtete sich der Sohn als Deutscher und erfüllte seine Militärpflicht, auch im Kriege. Das nun erlassene Dekret erteilt Schwartz die Ermächtigung, die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten. Die Folge muß nun sein, daß das gegen ihn ergangene Kriegsgerichtsurteil aufgehoben wird und er aus der Strafkolonie Cayenne, wo er sich seit zehn Jahren befindet, wieder entlassen wird.

bld. **Freiburg**, 24. Aug. Die **Polizei beschlagnahmte** heute aus dem Schaufenster des Parteibüros der Nationalsozialistischen Partei die Zeitung **„Der Angriff"**, weil der Inhalt des Blattes geeignet war, die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu gefährden.

bld. **Buggingen**, 24. Aug. Das aus Buggingen **vermißte Brautpaar**, der Kreditvereinsrechner Fritz **Engler** und Olga **Wick**, die Tochter des Lindenwirtes, scheinen laut „Markgräfler Nachrichten" mit dem jungen Paare identisch zu sein, das, wie schon gemeldet, in Marienstein bei Basel **gemeinsam in den Tod gehen** wollte und nach dem am Sonntag gesucht wurde. Fritz Engler hatte sich am Mittwochnachmittag von zu Hause entfernt und reiste nach Basel, wo seine Braut in Stellung war. Am Samstag erhielten die Eltern der Beiden Briefe, in denen sie ihr Vorhaben, freiwillig aus dem Leben scheiden zu wollen, mitteilten und Abschied nahmen. Die Eltern fuhren noch am gleichen Tage nach Basel, konnten aber nur noch in Erfahrung bringen, daß die Beiden das Hotel Jura in Marienstein bereits verlassen hatten. Am Samstag vormittag wurden sie zuletzt gesehen, wie sie der französischen Grenze zugingen. Das Absuchen des Geländes mit Hilfe von Polizeihunden war erfolglos.

DZ. **Grenzach**, 24. Aug. Zwischen Bukten und Läufelfingen ist eine **römische Siedlung aufgedeckt** worden. Man fand bei Nachgrabungen Ziegelstücke, Topfscherben, Mauerschutt und Mörtel. Die Grabungen werden fortgesetzt.

DZ. **St. Georgen i. Schw.**, 24. Aug. Gestern wurde hier in feierlicher Weise der **Grundstein** zu einer **großen Turnhalle** des Turnvereins 1868 gelegt. Diese soll zugleich auch als längst benötigte Festhalle mit 700 Sitzplätzen dienen, da bisher ein Raum für größere Veranstaltungen gefehlt hat. Eine größere Theaterbühne wird eingebaut, ebenso ein Brausebad und Erfrischungsraum. Eine moderne Gasbeheizungsanlage wird für die Erwärmung sorgen. Die Halle soll noch in diesem Jahre ihrer Bestimmung übergeben werden.

DZ. **Villingen**, 24. Aug. Auf **tragische Weise** mußte der 18 Jahre alte Sohn des Orchestrionfabrikanten **Stern** sein junges Leben lassen. Bei einem vor 3 Wochen veranstalteten Ausflug eines hiesigen Gesangvereins kam der junge Mann im Walde zu Fall und verletzte sich leicht an einem Bein. Dabei muß Erde in die Wunde gekommen sein; denn in der letzten Woche stellte sich Blutvergiftung ein, welcher der Verletzte am Samstag in der Klinik in Freiburg erlag.

bld. **Hüfingen** bei Donaueschingen, 24. Aug. In dem **Sägewerk Silvana AG.** in Hüfingen wurde Montag früh kurz nach 6 Uhr eine Zuglokomotive im Kesselhaus mit Dampf gefüllt. Bald darauf erfolgte eine heftige **Explosion**, die den Kessel nach dem 40 Meter hohen Schornstein schleuderte, der unter großem Getöse in sich zusammenstürzte. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da das Werk noch nicht in Betrieb und der Maschinenmeister auch nicht im Kesselhaus war.

DZ. **Lindau**, 24. Aug. Zwischen Widekorn-Egnach und dem Strandbad Arbon hat ein Arboner Fischer ein **führerloses Boot** aus Lindau **gefunden**, in dem sich zwei lederne Damentaschen befanden. Nachforschungen in Lindau ergaben, daß zwei stellenlose Serviertöchter aus Stuttgart in Lindau ein Boot gemietet hatten und am Samstag auf den See hinausgefahren waren. Seither werden sie **vermißt**. Es handelt sich um die 28jährige Anna Baur und die 21 Jahre alte Josefine Alchter. Ihr Handgepäck haben die beiden in Lindau zurückgelassen. Man vermutet, daß die Mädchen im See **ertrunken** sind. Ihre Leichen konnten noch nicht gefunden werden.

Bürgermeisterwahlen. In **Böhrenbach** bei Villingen stimmten von 56 Bürgerausschußmitgliedern 54 ab. Gewählt wurde mit 38 Stimmen Gerichtsassessor Wilhelm **Straub** aus Böhrenbach und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des größten Teils der Wirtschaftspartei, des Zentrums, der christlichen Gewerkschaften und der Kommunisten. Auf den Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung, Faller, entfielen 6 Stimmen und auf den Buchhalter Ankenbrand 10 Stimmen. — Die Bürgermeisterwahl in **Denzlingen** verlief **ergebnislos**, da keiner der drei Kandidaten die zur Wahl notwendige Stimmenzahl erreichte und somit ein weiterer Wahlgang erforderlich ist. Der bisherige Bürgermeister-Stellvertreter Leimenstoll (Soz.) erhielt 18 Stimmen. Die Bürgerl. Vereinigung hatte sich gespalten; der eine Kandidat, Bauunternehmer Daus, erhielt 15, der Kandidat der Landwirte, Landwirt Alwin Nübling, erhielt 11 Stimmen. — In **Neufrach** (Amt Überlingen) wurde Bürgermeisterstellvertreter Joseph **Allgeier** mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Handel und Wirtschaft

Die Darmstädter Volksbank stellt ihre Zahlungen ein. Die schon vor den Bankfeiertagen bestehende Illiquidität der Bank hat nach Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs eine Verschärfung erfahren, die die Stadt Darmstadt und das Land Hessen veranlaßten, ihre Hilfe zur Beschaffung flüssiger Mittel in der Form der Girierung von Kundenakzepten gegen entsprechende Unterlagen nicht zu versagen. Bevor diese Hilfe in größerem Ausmaße in Anspruch genommen wurde, ergab sich die Notwendigkeit einer weitgehenden Stützung, um die stärker werdende Beunruhigung des Publikums hintanzuhalten. Die Stadt und Staat wurden bei der großen Bedeutung, die die Volksbank für das hessische Wirtschaftsleben und darüber hinaus um Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Verbindlichkeiten der Volksbank gebeten. Da die zur Übernahme der Garantie erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt wurden — der Finanzausschuß des Hessischen Landtages war einstimmig dazu bereit, während der Finanzausschuß des Stadtrates in seiner großen Mehrheit Stimmenthaltung übte —, ist die Volksbank genötigt, ihre Zahlungen einzustellen.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.

Dem Deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. August 1931.

Der Minister des Innern
J. V.: Weitzel.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 33 — Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden — 25. August 1931

Der Vollziehungsbeamte im Dienste der Gemeinden

Auf der Jahreshauptversammlung der Bezirksfachgruppe **Vollstreckungsbeamte** hat Stadtamtmann **Oyen**, Düsseldorf, sich über das Thema: **„Die Finanznot der Gemeinden und der Vollziehungsbeamte im Dienst der Gemeinden"** verbreitet und dabei sich eingehend auch mit dem Vollstreckungsdienst beschäftigt. Über diesen Teil seines Referats, der in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, berichtet die „Rundschau für Kommunalbeamte" in Nr. 33 vom 15. August d. J. wie folgt:

„. . . . Es ist natürlich, daß sich infolge der neuen Belastungen die Kritik gegen die Gemeinden verschärft hat. Alte Fehler werden ausgegraben. Das Mißtrauen gegen die Gemeinden steigt, obgleich angesichts der ungeheuren Wirtschaftskatastrophe sich jeder vernünftige Mensch sagen muß, daß die wirklich vorgekommenen Fehler in der Ausgabenwirtschaft der Gemeinden niemals den Etat in einem solchen Ausmaße hätten gefährden können, wie diese Wirtschaftskrise. In dem Augenblick, wo die Gemeinden die Fürsorgelasten nur noch für ein Drittel der augenblicklich Betreuten aufzubringen haben oder gar für die Hälfte, werden die Defizits verschwinden und der Ausgleich des Etats erreicht sein.

Für die **Beamten** wirkt sich die Verbitterung der Bevölkerung aus in den persönlichen Anfeindungen, insbesondere in den Steuerämtern und den Steuerkassen und verschärft noch mehr die bereits vorhandene Spannung. Daher der Kampf gegen die Besoldung der Gemeindebeamten, der Schrei nach Abbau der Gehälter, nach Einstellungs- und Beförderungssperre usw. Besondere Schwierigkeiten aber ergeben sich für die Vollziehungsbeamten.

Der **Vollziehungsbeamte** muß sich zunächst mit den neuen Gesetzen bekannt machen. Keiner wird draußen so viel gefragt nach den neuen Bestimmungen wie der Vollziehungsbeamte, der Tag für Tag in engster Berührung mit dem Publikum steht. Von dem Eindruck, den der Vollziehungsbeamte macht, ob er freundlich, barsch oder verständig ist, hängt ja vielfach das Ansehen der gesamten Beamtenschaft ab. Der Vollziehungsbeamte ist durch die Eigenart der Verhältnisse heute für einen sehr großen Teil der Bevölkerung fast der Hauptvertreter der Gesamtbeamtenschaft, und er wird von allen Seiten aufs schärfste beobachtet. Darum ist es eine besondere Pflicht der Vollziehungsbeamten auch draußen, wo sie ohne direkte Aufsicht sind, auf korrekteste Pflichterfüllung selbst zu achten. Der Vollziehungsbeamte muß sich jederzeit bewußt sein, daß er der Repräsentant einer großen Gruppe von Menschen ist, deren Ansehen von seinem Verhalten in erheblichem Maße abhängig ist. Die Bevölkerung wird leicht geneigt sein, die Verfehlungen des Vollziehungsbeamten, seine Nachlässigkeit im Dienst der Beamtenschaft allgemein anzuhängen, und darum bin ich der Auffassung, daß **in der Auswahl der Vollziehungsbeamten die Anstellungsbehörde außerordentlich vorsichtig sein muß.** Ich halte es auch für notwendig, daß bei der Einführung neuer Steuergesetze durch tüchtige Fachbeamte eine Unterrichtung des Vollziehungsbeamten erfolgen muß, damit er in der Lage ist, auch jederzeit in der Beantwortung von Fragen seinen Mann zu stehen. Je mehr der Beamte im Außendienst auch ein verständiger Berater des Publikums wird, und je mehr Geduld und Selbstbeherrschung er aufzubringen vermag, um so leichter wird es der Beamtenschaft werden, das Vertrauen wiederum zu erwerben.

Das wird allerdings gerade dem Vollziehungsbeamten außerordentlich schwer werden, gilt er doch in der Ausübung seines sehr schweren Berufes als **der Vertreter einer feindlichen Macht.** Im Volk ist er verschrien als der brutale und unbarmherzige Steuerexekutor, daher so viele Feindseligkeiten, körperliche Bedrohungen, ja persönliche Angriffe, Feindseligkeiten, die sich zu Verleumdungen, teilweise zu offener Empörung auswachsen. Und wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Der Vollziehungsbeamte ist **doch selbst nur ein Mann des Volkes.** Sein Einkommen reiht ihn ein in den kleinen oder mittleren Mittelstand, in der eigenen Familie spürt er die wachsende Not und das Elend, die Krise nimmt ihm Anstellungs- und Beförderungsmöglichkeiten. Was er für unwandelbar und als sein wohlerworbenes Recht angesehen hat, insbesondere die Höhe seines Einkommens, das sieht auch er infolge der Not schwanken. Er sieht, wie sein Einkommen, von dem er immer angenommen hatte, daß es wohl größer, aber nie geringer werden könne, plötzlich sich verringert. Sein Arbeitspensum wird täglich größer, sein Dienst wird schwieriger, die Zahl der böswilligen Steuerzahler, die nur darauf warten, daß der Beamte sich irgendeine Blöße gibt, wird größer. Die Beschwerden von Querulanten erfordern zeitraubende Äußerungen, die Atmosphäre von Haß und Feindschaft um ihn wird immer dichter. Aber größer wird auch die Zahl derjenigen, die vom Schicksal verfolgt sind. Er muß heute in Familien täglicher Gast werden, denen bisher der Vollziehungsbeamte ein ganz Unbekannter war, und hier wird der Dienst des Vollziehungsbeamten zur Tragik. Er sieht, wie diese Menschen gegen das Elend ankämpfen, und trotzdem verlangt sein Dienst, verlangt seine Pflicht, daß er pfändet, daß er droht, daß er verkauft! Ihm bietet sich keine Möglichkeit, sich seinem Auftrage zu entziehen, Pflichterfüllung geht über alles. Ja, weiß denn irgend ein Außenstehender, was in dem Innern des Vollziehungsbeamten vor sich geht, wenn er seinen Dienst gewissenhaft vollzieht? Warum ist der Vollziehungsbeamte durchweg ein ernster und stiller Mann, warum wird er heute selbst in frohem Kreise seines Lebens nicht mehr froh? Weil er eben nicht der Mann mit dem steinernen Herzen ist, weil die Not der Menschen ihm ans Herz greift. **Kaum einer muß beruflich so viel Not und Elend sehen wie gerade der Vollziehungsbeamte.** Wo er auftaucht, verschwindet frohes Lachen, erbleichen die Menschen, und wo er fortgeht, bleibt oft dumpfe Verzweiflung zurück, die manchmal zu den schwersten Tragödien geführt hat. Und glaubt irgendeiner, daß solche Dinge spurlos an dem schlichten Manne, der diesen schweren Dienst ausüben muß, vorübergehen? Muß es uns wundernehmen, wenn der Beamte in seiner Dienstfreudigkeit schwer erschüttert wird, wenn ihm der Dienst schließlich zur Qual wird! Wer von den vielen Vollziehungsbeamten ist denn aus wirklicher Neigung Vollziehungsbeamter geworden? Wer über die dienstlichen Verhältnisse und die Besoldung der Vollziehungsbeamten zu richten und zu entscheiden hat, der sollte zunächst einmal den Vollziehungsbeamten begleiten auf seinen täglichen Dienstgängen. Das würde ich insbesondere den Regierungsstellen empfehlen, die die Besoldungsordnung nachzuprüfen haben. Vielleicht werden auch sie dann zu dem Urteil kommen, daß der sog. einfache Dienst oft unendlich schwer ist, und daß kaum ein Einziehungsbeamter einen so schweren Dienst hat, als gerade der Vollziehungsbeamte im Dienst der Gemeinde. Er hat nie die Freude, für irgendeinen anderen Bürger von einem böswilligen Menschen Beträge einzuziehen und dann die Genugtuung, jemandem zu seinem Recht verholfen zu haben, wie dies so oft bei den Gerichtsvollziehern der Fall ist. Er tritt immer nur als Eintreiber auf, er muß mit der Tatsache rechnen, daß er durch seinen Dienst der unpopulärste Mann Deutschlands ist. Dieses Bewußtsein, verbunden mit den besonderen Schwierigkeiten der heutigen Zeit, ist zweifellos eine Gefahrenquelle für die gewissenhafte und restlose Pflichterfüllung, und ich frage Sie, liebe Kollegen, dürfen Sie sich in Ihrer Diensterfüllung auch nur einen Augenblick schwankend machen lassen? Ich sage nein und abermals nein. Wenn das Wort vom Berufsbeamtentum irgendeinen Sinn haben soll, wenn es nicht lediglich ein Schlagwort wird, das nur benutzt wird, um Forderungen aufzustellen, dan sage ich nein und nochmals nein!

Was verstehen wir denn unter Berufsbeamtentum? Wir verstehen doch darunter die völlige Hingabe an den Dienst ohne Rücksicht auf die eigene Person und unter Hintansetzung aller eigenen Vorteile, also die restlose Aufopferung der eigenen Person im Dienst der Allgemeinheit. Es ist leicht, in guten Zeiten von der besonderen Aufopferung im Amte zu sprechen. Es ist auch leicht, solche Verpflichtungen zu erfüllen. Der Charakter aber wird erprobt in der Stunde der Not, in der Stunde der Gefahr. Nie hat das deutsche Volk schwerere Stunden erlebt als in der Gegenwart. Nie bedurfte es der Treue und der restlosen Pflichterfüllung seiner Beamten mehr denn heute. Von rechts und links drohen schwerste Gefahren. Auch der Staat hat es der Beamtenschaft nicht leicht gemacht, ihm die Treue zu halten. Wenn wir auch der Zwangslage des Staates Verständnis entgegenbringen, muß ich doch auch hier die ernste Mahnung aussprechen, den Bogen nicht zu überspannen, weil sonst der eine oder andere doch vergessen könnte, daß er treu sein muß. Wir glauben aber hier auch aussprechen zu dürfen, daß die Beamtenschaft insgesamt, mit wenigen Ausnahmen, sich der Heiligkeit ihres Eides bewußt ist, daß sie nicht auf die falschen Propheten hört und weiß, daß ihr Schicksal aufs engste mit dem des Staats verbunden ist. **Man will zwar einen Unterschied konstruieren zwischen Staat und Nation.** Wir werden uns durch solche Auslegungen nicht irremachen lassen. Der Staat, wie er heute besteht, ist der Ausdruck des Willens der Nation. Im besonderen Maße sind wir durch unseren Eid dem Staate verpflichtet. Wir werden treu und ohne Rücksicht auf uns selbst unsere Pflicht erfüllen. Wir wollen auch opfern, wenn die Volksnot es verlangt. Was wir fordern ist lediglich das, daß wir nicht einseitig opfern sollen, sondern daß für alle die gleichen Voraussetzungen vorhanden sind, oder die in der gleichen Weise leistungsfähig sind, wie wir ebenfalls zur Linderung der Volksnot beitragen.

In unserer Dienstausübung aber wollen wir nie vergessen, daß wir Diener der Gesamtheit sind, daß wir im Dienst mit dem lebendigen Menschen zu tun haben, dem gegenüber wir zwar unseren Dienst bis zum letzten i-Pünktchen zu erfüllen haben, aber auch nie nur einen Augenblick vergessen, daß er ein Mensch ist, für dessen Lage wir volles Verständnis haben müssen. Wo wir helfen können, wollen wir helfen, wollen ihm zeigen, daß wir seiner Not verständnisvoll gegenüberstehen. Raten und helfen wollen wir, und wenn es noch so schwer fällt, wollen wir um das Vertrauen unserer Mitbürger werben, und wenn es in der rechten Weise geschieht, dann wird die Zeit wiederkommen, wo auch die anderen Volksschichten sich mit uns wieder verbunden fühlen.

Die gehobenen mittleren Beamten zum Badischen Notgesetz und Spargutachten

Der Gesamtvorstand des **Bundes der gehobenen mittleren Beamten Badens** beschäftigte sich in seiner letzten Gesamtvorstandssitzung unter Teilnahme von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Württ. mittleren Beamtenverbände mit der beamtenpolitischen Lage.

Zum **Notgesetz** wurde eine Entschließung gefaßt, in der gegen die Sondergehaltskürzung in Baden protestiert, deren Rückgängigmachung und die Wiederherstellung der Vergütungsordnung für die außerplanmäßigen Beamten gefordert wird, da es nicht zu rechtfertigen sei, die Landesbeamten schlechter zu besolden, als vergleichbare Reichsbeamte.

Zum **Spargutachten** wurde festgestellt, daß dasselbe in Bezug auf die Änderung der Verwaltungsorganisation brauchbare Vorschläge enthält; deren Verwirklichung wurde aber bei der gegensätzlichen Einstellung der maßgebenden politischen Parteien in Zweifel gezogen. Besonders wurde gerügt, daß das Spargutachten einen schematischen Abbau von Beamtenstellen, hauptsächlich des gehobenen mittleren Dienstes, vorschlägt. Die Vergleichsstellung mit Württemberg wurde in einigen Fällen als anfechtbar bezeichnet. Die Stellungnahme der mittleren Beamten zu dem Spargutachten wird in einer Denkschrift erfolgen, die alsbald der Regierung und dem Landtag zugehen wird.

Überfüllung im tierärztlichen Beruf

Der Andrang zum tierärztlichen Studium in Deutschland hat in den Nachkriegsjahren von Jahr zu Jahr zugenommen. Dies hat sich im Sommersemester 1931 durch eine weitere Steigerung der der Tierheilkunde Beflissenen weiter bestätigt. Der starke Andrang wird u. a. auf einen Rundfunkvortrag zurückgeführt, in dem das tierärztliche Studium noch als aussichtsreich hingestellt worden ist. Diese Darstellung wird den Verhältnissen nicht gerecht. Die Zahl der Tierärzte in Deutschland ist trotz Verkleinerung des Reichsgebiets, des Wegfalls der Kolonien und der Herabminderung der Zahl der Militärveterinäre um rund 450, von 6228 im Jahre 1909 auf 7525 im Jahre 1930 gestiegen. Hinzu kommt, daß die ständig zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft die Zuziehung des Tierarztes in Erkrankungsfällen der Tiere vielfach unmöglich macht. Auch der tierärztliche Beruf ist somit überfüllt. Daraus folgt, daß die Tierärzte, soweit sie ausschließlich, aber doch überwiegend für ihr Fortkommen auf die Privatpraxis angewiesen sind, wie die Angehörigen anderer freier akademischer Berufe schwer um ihr tägliches Brot zu kämpfen haben. Zahlreiche Tierärzte haben jetzt schon aus der Privatpraxis kaum ein jährliches Einkommen von 1500 *RM*. Vom Ergreifen des **tierärztlichen Fachstudiums** muß deshalb **abgeraten** werden.

Ueberall Sparmaßnahmen auf personellem Gebiet

Der **Hamburger Senat** hat ein **Sparprogramm** herausgebracht, das der Beseitigung eines Haushaltsdefizits von 38 Millionen Reichsmark dienen soll. Unter den sofort durchzuführenden Aktionen steht obenan die **Vereinfachung der Behördenorganisation** durch Zusammenlegung von Berufs- und Oberschulbehörde, Verkleinerung des Aufgabenkreises des Wohnungsamtes und Aufhebung der Landherrenschaften, deren Aufgaben von anderen hamburgischen Behörden zu übernehmen sind.

Gleichzeitig findet die **Angleichung der Dienstbezüge** der Beamten- und Angestelltenschaft an jene der gleichzubewertenden Reichsbeamten, sowie die Neuregelung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter nach den Bestimmungen der Reichsratsverordnung statt.

Der **Urlaub** der Beamten und Angestellten wird verringert, die Mittel für Reisekosten, Krankenbeihilfe, Zuschüsse zu Beamtenkrankenkassen und Unterhaltszuschüsse für die in der Ausbildung Befindlichen herabgesetzt.

Freiwerdende Beamten- und Angestelltenstellen sollen grundsätzlich bis auf weiteres nicht wieder besetzt werden.

Die **Arbeitszeit** der Beamten und Angestellten wird künftig mit 48 Stunden streng durchgeführt, so daß eine Einbeziehung von Pausen nicht mehr erfolgt.

Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 63 Jahre ist in Aussicht genommen.

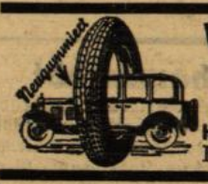
Im gesamten Schulwesen wird die Klassenfrequenz und die **Pflichtstundenzahl der Lehrer erhöht.** Im Berufsschulwesen wird darüber hinaus durch Abbau von Sonderkursen, Einschränkung des Pflichtunterrichts in den Handels- und Fachgewerbeschulen und durch andere organisatorische Maßnahmen eine Verkleinerung des Lehrkörpers erzielt werden. Zur Durchführung dieser Absicht mußte am 15. August im gesamten hamburgischen Schulwesen **459 Lehrkräften** vorsorglich **gekündigt** werden.

Der Senat selbst setzte seine Mitgliederzahl von 16 auf 12 herunter.

Beamte der Landwirtschaftskammern sind mittelbare Staatsbeamte

Die Frage, ob die Beamten der preußischen Landwirtschaftskammern unmittelbare Staatsbeamte sind und eventuelle Ansprüche nach § 39 PrAusfGes. zum GVG. bei dem Landgericht geltend machen können, hat das Reichsgericht negativ beantwortet. Es führte aus, daß die Landwirtschaftskammern selbständige öffentliche Körperschaften und die bei ihr angestellten Beamten nur mittelbare Staatsbeamte sind. Auch eine analoge Anwendung des § 39 auf die mittelbaren Beamten hielt das Reichsgericht nicht für vorliegend, da der Gesetzgeber, wie es ausführte, nur für eine gleichmäßige Rechtsprechung in den Ansprüchen der Reichs- und Staatsbeamten gegen Reichs- und Staatsfiskus interessiert war, und nicht für Ansprüche anderer Beamtengruppen. Dem Vorbringen des Klägers, die Landwirtschaftskammern wären nur von der Rechtspersönlichkeit des Staates abgezweigt, um Aufgaben mit denen ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln zu erfüllen, und daß ihre Beamten **unmittelbare** Staatsbeamte wären, schloß sich das **Reichsgericht nicht** an. Die Landwirtschaftskammern trügen durchaus nicht den Charakter bloßer staatlicher Abzweigungen, sondern wären nach ihrem besonderen Aufgabenkreis und ihrer selbständigen Aufbringung der Mittel öffentliche Körperschaften eigener Art. (Beschluß des Reichsgerichts vom 14. November 1930; III G. 13/30.)

Versicherungsaufsichtsgesetz. Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen in der Neufassung vom 6. Juni 1931. Textausgabe. 59 Seiten kl. 8°. München 1931. C. H. Beck. Kartoniert 1 *RM*. Für die privaten Versicherungsunternehmungen, für deren Beamte und Agenten, für Makler, Rechtsanwälte usw., ist diese Ausgabe unentbehrlich. Das Bändchen bildet zugleich einen Nachtrag zu der bekannten, im gleichen Verlag erschienenen Sammlung der das private Versicherungsrecht betr. Gesetze und Verordnungen von **Bruck**, die damit wieder dem neuesten Stande der Gesetzgebung entspricht.



Vulkanisier-Anstalt
Gottfr. Frank
Hans-Sachsstr. 31 u. Westendstr. 29b
Fernsprecher 850. L.366

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus
Mittwoch, 26. August 1931
Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren
Singspiel von Fredy Raymond
Dirigent: Zilzer
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Löser, Jeßner, Ziegler, Kurr, Lederer, Macher, Jank, Tubach, E. Rivinius, Mehner, H. Rivinius, Schneitz, Lindemann, Eich, Schnitzer, Pruscha, J. Sonntag, J. Sonntag
Anfang 20 Ende 22¾
Preise 1—4 *RM*
Do. 27. 8. Zum erstenmal: Peppina. Fr. 28. 8. Die lustige Witwe. Sa. 29. 8. Peppina. So. 30. 8. Peppina.

Kiesgrube
mit Bahnanschluß oder Möglichkeit zu solchem **zu kaufen gesucht.** (Evtl. auch Beteiligung.) Angebote unter Nr. L.347 an die Exp. d. Karlsruher Ztg.

Druck G. Braun. Karlsruhe.